

den Bedingungen der Konsulargespräche zu erhalten und die Korrektheit und Stichhaltigkeit von Zurückweisungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zu prüfen, die in den konkreten Fällen nach Beschwerdeführungen der Ständigen Vertretung der BRD erfolgten.

Neben den Konsulargesprächen mit Strafgefangenen während des Strafvollzuges nutzt die Ständige Vertretung der BRD auch rechtswidrige Kontakte zu DDR-Bürgern, um Informationen über den Untersuchungshaftvollzug zu erhalten. So wurde in durch die Linie IX bearbeiteten Ermittlungsverfahren bekannt, daß DDR-Bürger, welche verhaftet waren und sich zum Zwecke der Unterstützung ihrer Bemühungen zum Verlassen der DDR an die Ständige Vertretung der BRD gewandt hatten, dort nach den Gründen und Umständen ihrer Festnahme, den dieser zugrunde liegenden Handlungen, den Haftbedingungen sowie der Behandlung im Untersuchungshaftvollzug sowie zu ihnen bekannt gewordenen Verhafteten, welche gleichfalls die DDR verlassen wollten, befragt wurden. Bezüglich einer zielgerichteten Ausnutzung der Konsularbetreuung Verhafteter durch Missionen weiterer kapitalistischer Staaten (USA, Großbritannien u. a.) zu feindlichen Aktivitäten lagen den Autoren keine eine Verallgemeinerung rechtfertigenden Erkenntnisse vor.

Im Prozeß der operativen Sicherung zur Verhinderung der Übermittlung von Informationen über den Untersuchungshaftvollzug durch Verhaftete an Kontaktpartner außerhalb der Untersuchungshaftanstalt sind auch die im Abschnitt 2.2.2. genannten Möglichkeiten, welche vom Gegner im stärkeren Maße zur Informationsgewinnung genutzt werden sowie die sich aus möglichen Weiterungen der Kommunikationsbeziehungen für Verhaftete im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes ergeben können, zu beachten.

2.3.4. Das feindliche Wirken Verhafteter durch demonstrativ-provokative Aktivitäten sowie Handlungen mit Gewaltanwendung

Auf der Basis ihrer feindlichen Einstellung und den gegnerischen Inspirationen folgend, werden Verhaftete im Untersuchungshaftvollzug vor allem durch feindlich-negative Beeinflussungen von anderen Verhafteten, insbesondere in Form der permanenten Propagierung und Verherrlichung kapitalistischer Lebensverhältnisse, des Einwirkens zum ungesetzlichen Verlassen der DDR bzw. zur Ausprägung von Übersiedlungsbestrebungen in das kapitalistische Ausland und Westberlin, der